

Landtag Aktuell

8. Ausgabe

Düsseldorf, 18.02.2011



Gregor Golland

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Die neue Landesregierung benachteiligt ländliche Kommunen

Momentan diskutieren wir in Düsseldorf das neue Gemeindefinanzierungsgesetz (GfG 2011). Grün-Rot kommt die ländlichen Gemeinden teuer zu stehen. Von Elsdorf bis Erftstadt verlieren alleine unsere Städte im Rhein-Erft-Kreis über 20 Millionen Euro an Schlüsselzuweisungen des Landes. Das Geld wird in das Ruhrgebiet und die Großstädte umverteilt. In einer vorherigen Ausgabe von Landtag Aktuell habe ich bereits ausführlich darüber berichtet. Schon seit dem 25. Juni 2010 liegen, wie nun bekannt wurde, aber neue Fakten vor. Die Minderheitsregierung ignoriert die neutral ermittelten Zahlen des ifo-Instituts, das die Grundlagen und Parameter für die Zuweisungen in jahrelanger Arbeit neu ermittelt hat.

Im Oktober waren wir uns im Parlament noch einig, dass nur eine Gesamtlösung mit dem Bund und dessen höherer Beteiligung an den Sozialkosten für die chronisch klammen Kommunen in Frage kommt. Für Grün-Rot waren das leider nur Worte, denen keine nachhaltigen Taten folgen. Anstatt die Ergebnisse der ifo-Kommission mit den kommunalen Spitzenverbänden zu beraten, werden die Grunddaten zur Ermittlung der Schlüsselzuweisungen einseitig geändert.

153 Kommunen im Land verlieren mehr als 1 Million Euro, weitere 84 Kommunen haben mindestens 6-stellige Einbußen zu verkraften.

Kinderlachen ist Zukunftsmusik

In den vergangenen Tagen wurde die Frage diskutiert, ob die Geräuscheinwirkung spielender Kinder in Kindertageseinrichtungen, auf Kinderspielplätzen, usw. als Lärm klassifiziert werden soll oder nicht. Unseren Kindern darf das Spielen nicht verboten werden. Kinderlärm muss von der Gesellschaft als selbstverständlich toleriert werden. Spielende Kinder sind keineswegs gleichzusetzen mit Pressluftschlämmern, Schwerlastverkehr oder Industrieanlagen.

Deshalb bedarf es einer Änderung des Immissionsschutzgesetzes, an der Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen arbeitet.

Kitas und Spielplätze gehören ebenso wenig in städtebauliche Randbereiche wie Alten- und Pflegeheime oder Senioren-Residenzen. Die Solidarität zwischen den Generationen muss unbedingt gelebt werden. Dafür werde ich mich immer einsetzen.

Teilerfolg bei Umweltplakette für Handwerk und Gewerbe

Im September habe ich in meiner Jungfernrede im Parlament gefordert, dass Handwerker und Mittelständler auch zukünftig ohne Plakette in Umweltzonen einfahren dürfen. Die bisherige Ausnahmeregelung zu der Luftreinhalteplanung läuft im Sommer aus, was zu enormen Investitionskosten in neue Fahrzeuge führt. Allerdings ist niemandem damit geholfen, wenn eine Firma Pleite geht, weil sie den Fuhrpark nicht schnell genug erneuern kann. Gegen die Stimmen von Grünen und SPD wird die Gültigkeit nun erstmal bis zum 31. Dezember dieses Jahres verlängert. Folglich können Handwerker auch ohne Umweltplakette weiterhin Aufträge in Umweltzonen annehmen und auch dort parken. Ein Sieg der Vernunft über grüne Ideologie.

Antwort auf Kleine Anfrage zu PFT ist heute eingegangen

Wie bereits vor einiger Zeit berichtet, bemühe ich mich momentan um Aufklärung bezüglich einiger mit PFT verseuchten nordrhein-westfälischen Gewässer. Hiervon sind beispielsweise die Ville Seen betroffen, wo es sogar schon zu mehrmonatigen Angelverboten gekommen ist. Die Antwort auf meine Anfrage an den Landesumweltminister habe ich vor wenigen Minuten erhalten. Der Minister hatte mich vor einiger Zeit gebeten, die Antwortfrist von 4 auf 8 Wochen zu verlängern. Dieser Bitte hatte ich aufgrund des besonderen Interesses an einer gründlichen Aufklärung zugestimmt. Sie finden das Antwortschreiben unter <http://www.gregor-golland.de>.